

vbob – Positionspapier zum Thema KI als zentraler Treiber der Verwaltungsmodernisierung



Künstliche Intelligenz (KI) gilt als eine der Schlüsseltechnologien für die Zukunft der Bundesverwaltung. Der Staat unter anderem die Bundesregierung hat wie fast jedes zweite Unternehmen vor, von aktivem KI-Einsatz in der Verwaltung zu profitieren. Sie kann Verwaltungsprozesse beschleunigen, Routinetätigkeiten automatisieren, große Datenmengen analysieren und Beschäftigte spürbar entlasten. Die Bundesregierung sieht daher in KI einen wichtigen Hebel für einen modernen, leistungsfähigen und bürgernahen Staat.

Gleichzeitig zeigt sich, dass zwischen den politischen Erwartungen und der tatsächlichen Umsetzung weiterhin eine erhebliche Lücke besteht.

Die eigentliche Herausforderung: Infrastruktur statt Chatbots

Die öffentliche Diskussion konzentriert sich häufig auf Anwendungen wie ChatGPT, Gemini oder andere KI-Assistenten. Für einen erfolgreichen und nachhaltigen KI-Einsatz in der Verwaltung sind jedoch andere Faktoren entscheidend:

- veraltete IT-Landschaften
- föderale und ressortbezogene Datensilos
- unzureichende Datenqualität

- Fachkräftemangel
- hohe Investitions- und Betriebskosten

KI kann ihr Potenzial nur dann entfalten, wenn Daten konsolidiert, Prozesse digitalisiert und leistungsfähige sowie sichere technische Infrastrukturen geschaffen werden.

KIPITZ als deutscher Mittelweg

Mit **KIPITZ**, der KI-Plattform des ITZ-Bund, verfolgt die Bundesverwaltung einen eigenen Ansatz für die Nutzung von Künstlicher Intelligenz.

Die Plattform verfolgt drei zentrale Ziele:

- datenschutzkonforme KI-Nutzung,
- digitale Souveränität,
- Vermeidung der Abhängigkeit von einzelnen Anbietern.

Anders als Frankreich setzt Deutschland derzeit nicht auf die Entwicklung eines eigenen Basismodells. Stattdessen bietet KIPITZ eine Plattform, auf der unterschiedliche KI-Modelle integriert und genutzt werden können. Die zentrale Bereitstellung soll Kosten senken, Sicherheitsstandards gewährleisten und den Behörden einen einheitlichen Zugang zu KI-Technologien ermöglichen.

Internationale Strategien im Vergleich

Ein Blick ins Ausland zeigt unterschiedliche Wege beim Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung.

USA

- enge Zusammenarbeit mit privaten Technologieunternehmen,
- großflächiger Einsatz kommerzieller Lösungen,
- hohe Priorität für Innovationsgeschwindigkeit.

Frankreich

- erhebliche Investitionen in staatliche KI-Systeme wie „Albert“,
- Fokus auf technologische Unabhängigkeit,
- Entwicklung eigener Infrastruktur und Modelle.

Polen

- Nutzung einer bereits stark digitalisierten Verwaltung,
- direkte Integration von KI in Bürgerdienste,
- Konzentration auf schnelle und praxisnahe Anwendungen.

Deutschland

- pragmatischer Plattformansatz,
- Nutzung von Open-Source-Technologien,
- Schwerpunkt auf Sicherheit, Datenschutz und Infrastruktur statt auf eigene Basismodelle.

Daraus ergibt sich eine strategische Frage: Ist Deutschland klug und effizient aufgestellt oder besteht die Gefahr, durch zu geringe Investitionen langfristig den Anschluss zu verlieren?

Aktuelle Einsatzbereiche von KI

KI wird bereits heute in zahlreichen Bereichen der Bundesverwaltung eingesetzt:

- Bürgerkommunikation und Serviceangebote,
- Dokumenten- und Vorgangsbearbeitung,
- Büroassistenten und Wissensmanagement,
- Automatisierung von Fachverfahren,
- IT-Betrieb, Infrastruktur und Cybersicherheit.

Bereits jetzt existieren in Bundesbehörden zahlreiche Projekte und Pilotanwendungen mit KI-Bezug.

Risiken und Herausforderungen

Trotz aller Chancen bleiben erhebliche Risiken bestehen:

- Datenschutzprobleme,
- Datenabfluss ins Ausland,
- Diskriminierung durch fehlerhafte oder verzerrte Trainingsdaten,
- Falschinformationen durch sogenannte Halluzinationen,

- urheberrechtliche Fragestellungen,
- „Schatten-KI“ durch die Nutzung nicht zugelassener Systeme.

Insbesondere im Verwaltungsbereich können fehlerhafte KI-Ergebnisse weitreichende Folgen haben, etwa durch falsche Bescheide, unzutreffende Bewertungen oder rechtliche Auseinandersetzungen.

Auswirkungen auf die Beschäftigten

KI ist nicht in erster Linie ein Instrument zum Personalabbau, sondern ein Treiber tiefgreifender Veränderungen in den Arbeitsabläufen und Rollenbildern.

Künftig werden Beschäftigte verstärkt:

- KI-Ergebnisse prüfen,
- Anwendungen steuern und überwachen,
- wirksame Prompts formulieren,
- Fehler und Risiken erkennen,
- fachliche Verantwortung übernehmen.

Die Rolle wandelt sich damit von der reinen Sachbearbeitung hin zu Qualitätskontrolle, Steuerung und fachlicher Bewertung.

Gleichzeitig bestehen Sorgen hinsichtlich:

- Arbeitsplatzsicherheit,
- steigenden Leistungsanforderungen,
- möglicher Leistungs- und Verhaltensüberwachung,
- Dequalifizierung einzelner Tätigkeiten.

Offene Zukunftsfragen

1. Auswirkungen auf Berufe und Ausbildung

Durch KI könnten einfache Routinetätigkeiten entfallen und sich Berufsprofile im öffentlichen Dienst grundlegend verändern. Teilweise wird bereits diskutiert, Ausbildungsangebote künftig anzupassen oder neu auszurichten.

2. Urheberrecht und Transparenz

Es braucht klare Regelungen zum Umgang mit urheberrechtlich geschützten Trainingsdaten sowie transparente Kennzeichnungen für KI-generierte Inhalte.

Weiterbildung als Schlüsselfaktor

Der kompetente Umgang mit KI wird künftig zu den grundlegenden Anforderungen im öffentlichen Dienst gehören.

Wichtige Qualifizierungsfelder sind:

- Funktionsweise von KI-Systemen,
- Chancen und Grenzen von KI,
- Datenschutz und Informationssicherheit,
- Prompting und KI-gestützte Arbeitsmethoden,
- Bewertung von KI-Ergebnissen,
- Erkennung von Bias und Halluzinationen.

Wichtige Weiterbildungsangebote werden unter anderem von der BAKöV, dem eGov-Campus, openHPI, weiteren öffentlichen Bildungseinrichtungen sowie auch von der dbb Akademie bereitgestellt.

Erfolgsfaktoren für die KI-Transformation

KI wird die Bundesverwaltung nachhaltig verändern. Der Erfolg hängt jedoch nicht allein von der Technologie ab.

Entscheidend sind:

- moderne digitale Infrastruktur,
- sichere und souveräne Systeme wie KIPITZ,
- ausreichende Investitionen,
- qualifizierte Beschäftigte,
- klare rechtliche Rahmenbedingungen,
- wirksame Mitbestimmung durch Personalräte und Gewerkschaften.

KI bietet erhebliche Potenziale für Effizienzsteigerung, Fachkräftesicherung und Verwaltungsmodernisierung. Ob diese Potenziale genutzt werden können, hängt jedoch

maßgeblich von den organisatorischen, rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen ab.

Die eigentliche Herausforderung besteht daher nicht darin, KI einzuführen, sondern ihren Einsatz verantwortungsvoll, transparent und gemeinsam mit den Beschäftigten zu gestalten.

Position des vbob

Der vbob GEWERKSCHAFT BUNDESBESCHÄFTIGTE unterstützt die Modernisierungs- und Digitalisierungsziele der Bundesregierung. Der vbob sieht in der Digitalisierung wichtige Chancen für eine leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung.

Gleichzeitig gilt für den vbob ein zentraler Grundsatz:

KI darf menschliches Ermessen nicht ersetzen. Der Mensch muss auch in einer digitalisierten Verwaltung im Mittelpunkt stehen.

Unsere Rolle als Gewerkschaft

Die Mitbestimmung spielt bei der Einführung von KI eine entscheidende Rolle. Zu den zentralen Aufgaben gehören:

- Kontrolle der Einhaltung von Datenschutzvorgaben,
- Bewertung neuer KI-Projekte,
- Abschluss und Weiterentwicklung von Dienstvereinbarungen,
- Schutz vor Leistungs- und Verhaltenskontrolle,
- Sicherstellung ausreichender Qualifizierung und Weiterbildung. Auch im Bereich der Anwendung und Nutzungsprinzipien von KI,
- Konkrete und bestimmbare Anbieter für die Nutzerinnen und Nutzer.

Die Einführung von KI ist nicht nur eine technische, sondern vor allem eine soziale Transformation. Die Akzeptanz der Beschäftigten wird wesentlich darüber entscheiden, ob KI-Projekte erfolgreich umgesetzt werden können.

Der vbob fordert

- klare gesetzliche Regelungen und Leitlinien für den KI-Einsatz,
- menschliche Kontrolle und Verantwortlichkeit bei Entscheidungen,
- Schutz vor einer Entmenschlichung der Verwaltung,
- Erhalt und Förderung sozialer Kompetenzen,

- keinen Personalabbau unter dem Vorwand der Digitalisierung,
- umfassende Aus- und Weiterbildungsangebote,
- hohen Datenschutz sowie IT-Sicherheit,
- wirksamen Schutz der Persönlichkeitsrechte,
- verbindliche Mitbestimmung der Beschäftigtenvertretungen,
- unabhängige Kontroll- und Prüfstellen.

Unser Grundsatz

Der Mensch muss die letzte Kontrollinstanz bleiben.

Einbindung der Menschen ist für den vbob unverzichtbar. KI kann unterstützen, analysieren und Vorschläge machen. Verantwortung, Bewertung und Entscheidung müssen jedoch weiterhin bei den Beschäftigten liegen.